

# Die Brotaufgabe.

## Sitzung der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung hat heute ihre Tagesordnung aufgearbeitet, und der wichtigste Beschluß ist die Einführung jener Brotaufgabe, die wenigstens einen Teil der Mehrkosten decken soll, die aus dem hohen Getreidepreis entstehen, den uns die Entente rechnet. Den größeren Teil wird allerdings der Konsum zu tragen haben, schwer, riesig schwer, wie der Staatssekretär für Finanzen offen zugab. Der Ausschuß hat die Sätze für die höchsten zehn Einkommen (beginnend bei einer halben Million) beträchtlich erhöht; er hätte aber ungeheuer noch höher gehen können. Die Debatte bewegte sich in der Hauptsache um einen Minoritätsantrag der Christlichsozialen, der den Bauern die halbe Zahlung ersparen wollte — bei einem Katastraleintrag unter 1200 Kronen statt 80 nur 40 Prozent Zuschlag —, ein Antrag, dessen moralische Berechtigung schon daraus zu erkennen ist, daß er zum Schluß von den Antragstellern zurückgezogen wurde. Allerdings hatte der Staatssekretär für Finanzen den Herren vorher den ganzen Ernst der Situation vor Augen geführt; Dr. Schumpeter tat dies mit gewichtigen und packenden Worten. Auch Genossin Emmy Freundlich las den agrarischen Demagogen ordentlich den Text; Berichterstatter Schlegl legte die soziale Bedeutung der Vorlage dar. Zum Schluß wurde nur die Ausnahme bewilligt, daß die kleinen Kleinflecker, deren Katastralbewertung hundert Kronen nicht erreicht, von der Abgabe befreit werden; allerdings mindert das die Einnahme aus der Auflage um fast zehn Millionen Kronen.

Die übrigen verhandelten Berichte wurden ohne größere Bestreitung erledigt. Die nächste Sitzung ist noch nicht bestimmt; vor Ostern dürfte sie nicht stattfinden. Das Wichtigste der Sitzung war der Bericht Bauers über den Fortgang der Arbeiten der Sozialisierungskommission; es wird emsig, methodisch und rasch gearbeitet. Das wird noch darzulegen sein.

## Der Verlauf der Sitzung.

9. Sitzung. Der Präsident eröffnet die Sitzung nach 1/3 Uhr. Nachdem die Staatssekretäre Bericht über die Arbeitsfrage und Bauer über die Sozialisierung Bericht erstattet hatten, wurde in die Tagesordnung eingegangen. Zuerst wurde

### die Brotaufgabe

verhandelt. Der Ausschuß hat die Sätze für die höheren Einkommen wesentlich erhöht. Die Brotaufgabe beträgt nach seinem Beschluß bei Einkommen:

| von<br>Kronen | bis<br>Kronen | in die Auflage<br>Kronen | (9000)   |
|---------------|---------------|--------------------------|----------|
| 500.000       | 600.000       | 10.000                   | (9000)   |
| 600.000       | 700.000       | 13.000                   | (10.800) |
| 700.000       | 800.000       | 16.000                   | (14.400) |
| 800.000       | 900.000       | 19.000                   | (18.200) |
| 900.000       | 1.000.000     | 22.000                   | (18.000) |
| 1.000.000     | 2.000.000     | 40.000                   | (36.000) |
| 2.000.000     | 3.000.000     | 60.000                   | (54.000) |
| 3.000.000     | 4.000.000     | 90.000                   | (72.000) |
| 4.000.000     | 5.000.000     | 122.000                  | (90.000) |
| über          | 5.000.000     | 150.000                  |          |

Die eingekammerten Zahlen waren die in der Regierungsvorlage bestimmten Sätze. Berichterstatter ist Abgeordneter Schlegl, der diese energischen Erhöhungen dem Haus warm empfiehlt. Seiner Mitteilung ist zu entnehmen, daß die Brotaufgabe erst dann in Kraft treten wird, wenn es möglich sein wird, die Mehlsquote von einem Vierelkilogramm auf eine halbe zu erhöhen und auch die Brotquote entsprechend zu gestalten. Man hofft, daß das in einigen Wochen der Fall sein wird.

## Die Bauern möchten nicht zahlen!

Nun entzündet sich eine lange Debatte über einen Minoritätsantrag der Christlichsozialen: Sie verlangen nämlich, daß Grundsteuerpflichtige mit einem Katastraleintrag bis 1200 Kronen nur eine Auflage von 40 Prozent zu zahlen haben, statt wie es in der Regierungsvorlage bestimmt war, 80 Prozent. Nun muß man wissen, daß ein Katastraleintrag von 1200 Kronen einem wirklichen Reinertrag aus der bäuerlichen Wirtschaft oft von 30.000 bis 40.000 Kronen entspricht, um die moralische Beschaffenheit dieses Antrages würdigen zu können. Nun marschieren sie alle auf, die den Bauern die Besteuerung ersparen wollen. Zuerst Eisenhut von den Christlichsozialen, der über die Not der Bauern in herabwiegenden Worten jammert. Die Preise sind zu niedrig, der Bauer werde, wenn er diese hohe Brotaufgabe zahlen werde, nicht mehr anbauen. Sie wollen zahlen, aber die Verteilung müßte gerecht sein. Noch schärfer geht der Verdrach Dr. Gimpl ins Zeug, der wieder von den armen Kleinfleckern redet, sich aber zum Schluß mit dem Antrag begnügt, daß die Grundsteuerpflichtigen, deren Katastraleintrag nicht mehr als hundert Kronen beträgt, von einer Abgabe überhaupt ausgenommen werden. Nun ergreift der Finanzminister das Wort, der den süßigen Bauern sehr ernst ins Gewissen redet.

### Staatssekretär Dr. Schumpeter:

Der Anlaß dieses Gesetzes ist sehr traurig, denn was bedeutet dieses Gesetz anderes als den Ausdruck unserer Not, den Ausdruck der furchtbaren Not in den arbeitenden Schichten, die ihr Brot zu dem Preise, zu dem es ihnen der Markt liefern würde, einfach nicht bezahlen können? Dieser abnormale Zustand ist voll sozialer Gefahren und indem wir dieses Gesetz beraten, müssen wir uns alle klar sein, welche ungeheure Verantwortung wir auf uns nehmen, wenn wir diese Hilfe verweigern. Niemand denkt auch im Ernst daran, diese Hilfe zu verweigern.

Stellen Sie sich einmal vor, was unter diesen Umständen — und diese Umstände werden in der nächsten Zeit wohl nicht besser werden — für uns ein Kilogramm Mehl kosten muß, was für ein Opfer die österreichische Volkswirtschaft als Ganzes bringen muß und aus dem Aus-

land ein Kilogramm Mehl zu beschaffen. Seit Jänner besteht daher bereits der Plan, die Mehl- und Brotpreise zu erhöhen. Wir wissen alle, wie furchtbar ernst ein solcher Schritt ist, er widerspricht unserem tiefsten Empfinden. Mit dem letzten Rest unserer Kraft wollen wir uns dieser Notwendigkeit entgegenstellen. Aber das wird aus dieser Notwendigkeit nicht möglich sein. Wenn wir den Brotpreis Anfang Jänner erhöht hätten, wäre das Defizit, das sich ergeben hätte, noch immer 115 Millionen für den Staat gewesen. Diesen Zuschuß hätte der Staat noch immer leisten müssen und das ist für einen Staat, der auf einem verarmten kleinen Volke beruht, schon eine fast unerträgliche Last. Jetzt aber nach drei Monaten würde selbstverständlich nach Durchführung der allgemeinen Mehlerhöhung der Fehlbetrag aus den Mehl- und Brotpreisen schon 351 Millionen betragen und wir hoffen nun, 100 Millionen davon durch die beantragte Brotaufgabe aufzubringen; den Rest muß — so schwer es fällt — der Staat tragen. Wenn er der Konsum die schwere Belastung durch die allgemeine Mehlerhöhung, die Kaufende und Kaufende Familienväter mit schwerer Sorge erfüllen muß, auf sich nimmt, dann müssen wir das gleichzeitig mit lindernenden Maßnahmen verbinden. Die erste lindernende Maßregel ist — und das wurde auch beschlossen — daß eine Erhöhung der Preise nicht eintreten soll, ehe nicht eine Erhöhung der Mehlsquote eintritt, wodurch natürlich die bessere Stimmung, die sich ergibt, der Hoffnungsstrahl für die Zukunft, der daraus leuchtet, die Last vielleicht leichter erträglich macht. Das zweite ist, daß die Bemittelten und die Besteuerten, die in dieser Zeit leichter durchhalten können. Was nun die Bemittelten betrifft, so sind wir sehr weit gegangen und der Ausblick ging noch wesentlich weiter. Wir haben uns mit ansehnlichen Herzen auf diesen Boden gestellt und sind nun bis 150.000 Kronen hinaufgegangen, das heißt ein sehr reiches Mann wird bei uns angefaßt.

### 750 Kronen für den Loib Brot zahlen.

Das ist sozial gehandelt, glaube ich (Zustimmung) und niemand hat etwas dagegen einzuwenden. Aber bei uns, in unserem kleingewerblichen, Kleinbürgerlichen Staate ist die Struktur des Einkommens und Vermögens derart, daß die kleinen Einkommen so überwiegen, daß man ganz unmittelbar aus den großen Einkommen allein die nötigen Summen herausholen kann, und deshalb können wir nicht so beginnen, wie wir es ja alle wünschen würden.

Das zweite Prinzip ist die Frage, die nun zur Diskussion steht; es ist die Anteilnahme des Grundbesitzers an dieser Last. Es ist gar nicht zu leugnen, und niemand von Ihnen kann und darf das leugnen, daß der Besitz von Grund und Boden gegenwärtig eine sehr erhebliche Erleichterung des Lebens gewährt. (Zustimmung.) Und zwar nicht nur in dem Falle, wenn man unmittelbar Selbstversorger ist, das heißt das Getreide, das man baut, selbst essen kann, sondern auch dann, wenn man Grund und Boden überhaupt, zum Beispiel Wald, besitzt. Wer Wald besitzt, der hat eine solche Holzversteigerung aufzuweisen, daß man eine wesentliche Erleichterung der Lebenshaltung darin doch erblicken kann. Niemand von Ihnen kann und niemand darf es leugnen, daß es in

### diesem Moment sozialer Beunruhigung

gerade im Interesse des Bauernstandes ist, dies zuzugestehen und danach zu handeln. Wir müssen danach handeln, wenn nicht viel Schlimmeres eintreten soll. In dieser Situation, wo wir zusammenhalten müssen, um einen vollständigen Zusammenbruch zu verhindern, in dieser Situation, wo wir alle Augenblicke an den Rand des Abgrundes gestellt sein können, gibt es einfach kein Zurück mehr, gibt es kein Handeln um ein paar Kronen, da müssen alle mit. Umso mehr, als die einfache Rechnung lehrt, daß der Katastraleintrag bei dem kleinsten Fiskus ja nur eine sehr geringe Summe ausmacht, so daß der kleine Aufschlag wohl nicht viel bedeutet in einer Zeit, wo ein Paar Strohhalme 90 Kronen kostet. Auch der kleinste Grundbesitzer ist noch immer nicht der ärmste Mann. Es gibt Tausende von Kriegsgewinnern, die sich ein kleines Bauerngut kaufen und diese wollen Sie schonen? (Auf: Die kaufen große Bauerngüter, nicht kleine!) Es ist in letzter Zeit im Bürgerstand üblich geworden, sich Bauerngüter im Umjanz von sechs bis sieben Joch zu kaufen. Ferner sind die kleinen Hausgärten, also die kleinen Besitztümer, sehr häufig in den Händen bequeter Leute, so daß die Anwendung des Prinzips der Progression hier ja absolut keinen Sinn hat. Es ist also ganz unmöglich, den eingebrachten Änderungsantrag anzunehmen und die beantragte Reduktion bis 1200 Kronen Katastraleintrag vorzunehmen. Sie vermeiden, wenn Sie die Zahlung vornehmen und von Ihrem Antrag abgeben, etwas viel Schlimmeres: einen Sturm gegen die Interessen des Bauernstandes. Sollten Sie wirklich Ihr eigenes politisches Interesse so verlernen? Aber wie immer das sein mag, ich habe mich nur an meine Pflicht zu halten, die mir meinen Weg klar vorschreibt. Ich muß den Antrag ablehnen und muß das hohe Haus bitten, die Regierungsvorlage anzunehmen. (Beifälliger Beifall.)

Nach ihm kommt Herr Stöcker zum Wort, eine Art Salonbauer, der Großdeutschen Vereinigung, von dem allerdings die Sage geht, daß er die ganze Kriegszeit hindurch in den behaglichen Räumen des Grazer Landeskurates, fern von Krieg und Kriegsgefahr, verbracht habe. Seine Rede besteht aus lauter inhaltslosen demagogischen Schlagern und geht ganz in Zwischenrufen und Gelächter der Sozialdemokraten unter. Dann kommt noch der Sozialist Dr. Michael Mayer, der sich den Anträgen Gimpl und Eisenhut anschließt. Nun gelangt Genossin Freundlich zum Wort, die in ihrer klugen Art die ganze Unwahrscheinlichkeit dieser Anträge erlegt.

### Emmy Freundlich

Ergrübt es, daß der Ausschuß in den höheren Stufen über die Vorläufe der Finanzverwaltung hinausging und so eine Erhöhung des Ertrages herbeiführte. Das Gesetz beweist, daß diejenigen, die im Kriege das große Glück hatten, sich weissen zu können, zu den Lasten des Krieges weit mehr herangezogen wurden als jene, die hungerten. Den von den krieglichen Abgeordneten vorgebrachten Klagen will ich mir ungehalten, daß die Kindersterblichkeit in den Städten geradezu entsetzlich genannt werden müssen und daß von den krieglichen bis zum zweiten Lebensjahr schon 70 bis 80 Prozent untertötlich sind. Denn wenn man die Frage aufwerfen wollte, wer im Kriege schwerere Lasten getragen hat, e a. beitende Bevölkerung der Städte oder die bäuerliche Bevölkerung, so müßte man doch antworten, daß die bäuerliche Bevölkerung noch immer ihr Brot, ihr Fett, Eier und Milch leidet. Den Hunger, den die städtische Bevölkerung bisher litt, kann sie nicht weiter ertragen. Ihr merkwürdig ist es, daß Abgeordneter Stöcker so gegen die sozialen Loser, ein Mann, der selbst entlassen wurde, um in der Kriegszentrale in Steiermark zu wirken.

Stöcker: Ich bin nie im Dienste einer Zentrale landen, sondern im Dienste des Landeskurates.

Emmy Freundlich: Den Beschwerden über die soziale Getreidebewirtschaftung kann entgegengehalten werden, daß man ohne diese Bewirtschaftung zu Brotpreisen gekommen wäre, die eine Versorgung der breiten Schichten der Bevölkerung unmöglich gemacht hätten. Die Sozialdemokraten wären bereit,

die bäuerlichen Schichten soweit zu berücksichtigen, wie es im Antrag Gimpl verlangt wird, nach welchem Landwirte mit einem Katastraleintrag unter 100 Kronen von der Steuer befreit sein sollen. Die Sozialdemokraten wollen mit der Besteuerung der reichen Leute Österreichs soweit gehen, als nur irgend möglich ist. Man muß jedoch bei der Besteuerung auch Beträge freigehalten, die man diesen reichen Leuten wegnehmen wird, wenn es sich um die Regelung unserer ganzen Finanzlage handeln wird, wobei wir gezwungen sein werden, sehr tief in die Taschen der Reichen zu greifen. Viel Rot und Glend hätte man unserer Bevölkerung ersparen können, wenn die Kleinbauern schon früher das gelernt hätten, was sie heute wissen, daß sie nicht mit den Grundbesitzern gegen die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern gegen die Grundbesitzer und das p. müssen. (Beifälliger Beifall.)

Schließlich ergreift der Staatskanzler das Wort und teilt das Resümee:

Es wäre von großem Werte gewesen, wenn alle Teile des Hauses, städtische wie ländliche Abgeordnete, diese Vorlage unparteiisch einmütig und ohne Kritik angenommen hätten. Denn wer opfert — und das müssen die Vertreter der Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen sagen — der soll wissen, daß er opfert, und soll sich zu diesem Opfer freiwillig und gern entschließen. Dieses Opfer läßt sich auch rechtfertigen. Unsere Bauernschaft ist gewiß nicht so geartet, daß sie wegen des Wissens Brot kleinlich redet. Infolgedessen erwarde ich doch, daß die Mehrheit des Hauses der Vorlage zustimmt. Ein einziger Einspruch könnte die Staatsregierung akzeptieren, die nämlich, daß man die kleinen Landwirte bis zu einem Katastraleintrag von hundert Kronen von diesem Opfer befreit. Dieses Entgegenkommen kann die Staatsregierung — wenn auch mit Rücksicht auf den finanziellen Ausfall schweren Herzens — noch weitertreiben. Eine weitergehende Ermäßigung könnte die Regierung nicht akzeptieren. Ich bitte, es sich mit dieser Errungenschaft begnügen zu lassen und die Vorlage im übrigen anzunehmen. (Beifälliger Beifall.)

Nun sehen die Christlichsozialen ein, daß der Antrag Eisenhut unmöglich sei; sie ziehen ihn zurück! Allerdings muß bemerkt werden, daß die Ausschaltung der Steuerpflichtigen unter 100 Kronen Katastraleintrag einen Ausfall in der Brotaufgabe von etwa zehn Millionen bedeutet. Schließend wurde das Gesetz mit dem Zusatzantrag Gimpl in zweiter und dritter Lesung angenommen.

## Die Bezüge der Volksbeauftragten.

Nach dem Referat Dr. Eisners wurde das (gestern) mitgeteilte Gesetz über die Bezüge der Volksbeauftragten in beiden Lesungen beschlossen.

## Die Vertretung der besetzten Gebiete.

Nun gelangt der Bericht der Kommission für die besetzten Gebiete zur Verhandlung. Berichterstatter ist Auferlitz. Seinem schriftlichen Bericht ist folgendes zu entnehmen:

Bekanntlich sind in dem Wahlbezirk 21 (Mittel- und Untersteiermark) drei Mandate offen geblieben. Von dem Wahlkreis ist ein Gebiet, das etwa die Hälfte der Einwohner zählt, von den Jugoslawen beseht. In dem Teilgebiet wurde aber über die kompletten Listen abgestimmt. Die Kommission war nun einmütig der Ansicht, daß die Wahl, obwohl sie tatsächlich nur in einem Teilgebiet erfolgt ist, dennoch gemäß den Wahlvorschlüssen auf die Ernennung von neun Abgeordneten gegangen ist, und daß mit der Teilwahl die Wahl für die ganze in der Wahlordnung bestimmte Zahl von Abgeordneten vollzogen worden ist. Sie hat deshalb beschlossen (Antrag Auferlitz), daß die Berechnung nach dem Proportionalwahlssystem zu Ende geführt werden soll und die sich danach als gewählt ergebenden Abgeordneten als gewählt verkündet und in die Nationalversammlung als Mitglieder einberufen werden sollen. Nach den abgegebenen Stimmen entfällt bei dieser Ausrechnung je ein Mandat auf die drei Listen. Es werden also einberufen werden: der Christlichsozial Karl Witzinger, der Sozialdemokrat Hans Mutschl und der Deutschdemokrat Alois Degg. Was Deutsch-Steiermark betrifft, so ist bekanntlich nur in dem politischen Bezirk Wien gewählt worden, der nur etwa den neunten Teil der Einwohner des ganzen Wahlkreises zählt. Dennoch hat sich die Kommission auf den Grund abgesehen, auch hier die Teilwahl als die Vollziehung der ganzen Wahl anzusehen. Das Problem war hier allerdings die Verteilung der Mandate. Das Gebiet ist zu klein, um aus seiner Abstammung auf die Bestimmung der ganzen Wählerchaft einen sicheren Schluß zuzulassen. Man hat deshalb der Ausrechnung der Mandate das Wahlergebnis in ganz Tirol zugrunde gelegt und die Kommission hat beschlossen (Antrag Eisenhut-Schagerl), fünf Christlichsozialen, zwei Sozialdemokraten und als Mitglieder einberufen. Das sind von der Tiroler Volkspartei (Christlichsozial) Landeshauptmann Josef Schräfl, Dr. Schöpfer, Landesgerichtspräsident Schumacher, Dr. Mikolusi und Dr. Luchner; von den Sozialdemokraten Heinrich Snoj und Anton Jbl; von den Deutschfortschrittlichen Emil Kraut. Was Deutschböhmen und das Sudetenland betrifft, so hat die Kommission folgenden Antrag (Auferlitz) angenommen:

Nach dem Sinn des § 40 der Wahlordnung kann die Berufung von Mitgliedern „im äußersten Notfall“ nur im Einvernehmen und mit der Zustimmung aller politischen Parteien erfolgen. Da die sozialdemokratische Partei in Böhmen und im Sudetenland ihre Mitwirkung bei der Berufung von Mitgliedern wiederholt und ausdrücklich abgelehnt hat, wie sich auch faktisch darin zeigt, daß von dieser Partei irgend welche Vorschläge nicht erlassen worden sind, erklärt die Kommission, der Nationalversammlung nur den negativen Bericht erstatten zu können, daß sie zu einem Beschluß über die Vertretung dieser Gebiete nicht gelangt ist.

In der Debatte erneuert Dr. Waber seinen Antrag, wenigstens eine kleine Delegation von Deutschböhmen und dem Sudetenland zuzulassen. Dr. Straßner beschwert sich, daß den Deutschfreiwählern nicht zwei Mandate zuerkannt worden sind. In seinem Schlußwort bemerkt Auferlitz: Wenn sich die Parteien Deutschböhmens auf eine Delegation einigen, werden wir Sozialdemokraten nichts dagegen haben, die wir den Anspruch des deutschen Volkes in Böhmen, Mähren und Schlesien auf ewige und unteilbare Zusammengehörigkeit mit dem großen deutschen Volk niemals aufgeben werden und niemals einen Beschluß, von welchen Menschen in Europa immer er gefällt wird, achten werden, der dem deutschen Volk Unrecht und Vergewaltigung antut. Es wird sich zeigen, daß dieses tapfere Volk kräftig genug ist, um alle Beschlüsse auf Vergewaltigung zu zerschlagen und den Einheitsgedanken des deutschen Volkes siegreich zum Ziel zu tragen. (Stürmischer Beifall.)

Die drei Anträge der Kommission werden angenommen. Dann wird ein Gesetz über die Errichtung von Einigungsämtern für Streitigkeiten aus besetzten Lieferungsverträgen angenommen.

und der Beschluß des Finanzausschusses genehmigt, wonach die Regierung ermächtigt wird, den Staatspensionisten, Witwen und Waisen die einmalige Zuweisung für Dezember 1918 und Februar 1919 nachträglich binnen einem Monat auszahlen.

## Neue Unterstaatssekretäre.

Namens des Hauptausschusses beantragt Sever, zum Unterstaatssekretär für das Staatsamt des Außenbüros den Generalkonsul Egon v. Pflügel und zum Unterstaatssekretär für das Staatsamt für soziale Verwaltung den Abgeordneten Dr. Josef Kersch zu wählen. (Auf: Es gibt keine „von“ — Beifall.) Präsident: Ich muß die Herren Staatssekretäre darauf aufmerksam machen, daß das gestern beschlossene Gesetz noch nicht kundgemacht ist und daher noch nicht in Kraft steht. (Weiterleit.)

Die Vorgesetzten wurden vom Hause gewählt. Zum Präsidenten der Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Interniertenangelegenheiten wurde Dr. Schöpfer, zum Vizepräsidenten Abgeordneter Richter gewählt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Eingebacht werden fünf Anträge, sechs Anfragen. Die nächste Sitzung ist noch unbestimmt. Schluß der Sitzung 1/8 Uhr abends.

## Der Kampf der Deutschböhmen.

Aus Teplitz wird uns berichtet: Die Landesparteivertretung Deutschböhmens hielt unter Zuziehung der Vertreter der deutschen Sozialdemokraten aus Mähren und Schlesien eine Konferenz ab, die sich vor allem mit der politischen Lage beschäftigte und in der übereinstimmend zum Ausdruck kam, daß der Erfolg des Kampfes um das Selbstbestimmungsrecht nicht von der Pariser Konferenz, sondern von der Kraft des Proletariats in Deutschböhmen und im Sudetenland abhängt. Für das deutsche Proletariat sei nicht die Pariser Konferenz, sondern der internationale Sozialistkongress das höchste Forum. Bezüglich der Nominierungen lehnt die Konferenz auch die Ernennung einer beschränkten Anzahl von Abgeordneten in die deutschösterreichische Nationalversammlung ab. Was die heutige Raiffeiser betrifft, wird diese im Zeichen der Sozialisierung der Gesellschaft sowie des Kampfes um das Selbstbestimmungsrecht stehen. In der Frage der kommenden Gemeinderatswahlen erklärte die Konferenz das ausgezogene Notgesetz als eine Vergewaltigung der Deutschen, beschloß jedoch, sich an den Wahlen zu beteiligen, weil damit zum erstenmal Gelegenheit gegeben wird, der ganzen Welt zu zeigen, wie groß und stark an Zahl das deutsche Volk in den von den Tschechen besetzten Gebieten sei.

Die deutschen Sozialdemokraten werden mit eigenen Listen in den Wahlkampf gehen. Wenn jedoch die besonderen nationalen Kräfteverhältnisse in einzelnen Gemeinden die Aufstellung gemeinsamer Listen mit den bürgerlichen Parteien als zweckmäßig für den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht erscheinen lassen, kann mit Zustimmung der Landesparteivertretung von der Aufstellung eigener Listen abgesehen werden. Ebenso kann unter diesen Voraussetzungen die Koppelung mit einer bürgerlichen Partei, jedoch nur unter Zustimmung der Landesparteivertretung erfolgen. Dasselbe gilt auch für das praktische Vorgehen der deutschen Sozialdemokraten in Gemeinden, innerhalb des tschechischen Siedlungsgebietes, wo deutsche Minderheiten vorhanden sind.

## Kein Christlichsozialer! Der Abgeordnete

Thauner, der Donnerstag in der Debatte über das Adelsgesetz sprach und den wir als Christlichsozialen bezeichneten, erludt uns, richtigzustellen, daß er nicht christlichsozial ist, sondern als Kandidat der freiheitlichen überösterreichischen Bauernpartei gewählt wurde und in der Nationalversammlung der Großdeutschen Vereinigung beigetreten ist.